

## LEITARTIKEL

## Tödlicher Einsatz

Auf schreckliche Weise führen es die Morde an den drei Bundeswehrsoldaten vor Augen: Überall in Afghanistan und für jeden einzelnen Soldaten ist der Einsatz im früheren Reich der Taliban lebensgefährlich. Das gilt für den angeblich ruhigeren Norden wie für den umkämpften Süden.

Die Taliban machen es sich

Ex-Verteidigungsminister Peter Struck: Am Hindukusch wird unsere Freiheit verteidigt

Ließe Deutschland sich von Attentaten zum Rückzug drängen, hätte dies nur einen Effekt: Die Taliban und andere Terroristen würden ihre Gewalt ausweiten, könnten Macht und Einfluss ausbauen. Nicht nur Afghanistan, auch die Atommacht Pakistan könnte Islamisten in die Hände fallen. Die Folgen etwa für Indien und letztlich den Weltfrieden wären unabsehbar.

Doch Soldaten, die sich fernab für die Freiheit daheim einsetzen, sollten auch größtmögliche Unterstützung der Politik erfahren. Dazu gehören nicht nur beste Ausstattung und Rückhalt in der Bevölkerung, sondern auch die Klarheit, wie lange das Engagement insgesamt dauern soll. Hier muss eher von einem Jahrzehnt als von Jahren die Rede sein.

Vor allem aber gehört dazu ein internationales Konzept, wie endlich der Opiumanbau unterbunden und der Heroinhandel gestoppt werden können. Nur so lässt sich in Afghanistan eine legale Landwirtschaft aufbauen, nur so lässt sich die wichtigste Geldquelle der Taliban trockenlegen.

Solange dies nicht geschieht, bleibt der Bundeswehreinatz ein Kurieren am Symptom – unter immerwährender Todesgefahr.

Markus Schlesag zum Attentat in Afghanistan



brutal einfach. Sie und ihre Bombenleger unterscheiden weder zwischen Aufbauhelfern in Zivil oder Uniform, noch zwischen Truppen im Anti-Terror-Einsatz oder Bundeswehrsoldaten, die Schulen und Brunnen bauen.

Aus Sicht der Taliban sind sie alle Gegner, denn wer Afghanistan demokratisieren will, wer Freiheitsrechte fördert und westliche Werte vorlebt, der entreißt den Taliban das Land.

Auch wenn nach den Anschlägen wieder Rufe nach einem Rückzug laut werden – Deutschland kann ihn sich nicht erlauben. Immer noch gilt der Satz von

## KOMMENTAR

## Das Fünf-Parteien-System

Alle drei Jahrzehnte gebiert Deutschland eine neue Partei. Das Land Bremen ist dabei so etwas wie der Kreißaal.

Von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zur Bremen-Wahl 1979 gab die Generation

ner Bremen-Wahl, beansprucht mit der Linken eine fünfte Partei ihren Platz in der Republik. Es ist zu erwarten, dass sie sich ähnlich gut entwickeln wird wie die Grünen vor ihr.

Das geht zunächst einmal auf Kosten der SPD, aus deren Reihen Globalisierungskritiker und Agenda-Müde zur Linken überlaufen. Kein Wunder, dass die SPD-Spitze sich bemüht, die Linkspartei als Eintagsfliege darzustellen.

Dabei könnten die Sozialdemokraten langfristig sogar von den Linken profitieren. Denn durch sie eröffnen sich ganz neue Koalitions-Möglichkeiten, sowohl auf Länder-Ebene als auch im Bund.

Bis es soweit ist, muss sich aber auch innerhalb der Parteien noch ein Generationswechsel vollziehen. Die Erzfeinde Franz Münterfering und Oskar Lafontaine werden sich kaum die Hand reichen.

Volker Kühn zur neuen Linkspartei



der Großeltern den Ton an: Union, SPD und Liberale teilten die Macht allein unter sich auf. Dann schafften die Grünen den Sprung ins Parlament und machten ihnen den Rang streitig.

Und nun, wieder fast drei Jahrzehnte später und wieder nach ei-

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: [meinung@bzv.de](mailto:meinung@bzv.de)

## ZITAT DES TAGES



„Widerwärtig, ergeben, blind, offensichtlich unterwürfig“

Ex-US-Präsident Jimmy Carter auf die Frage, wie er das Verhalten des britischen Premierministers Tony Blair gegenüber George W. Bush einschätze.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung: Rainer Hlubek, Peter Imberg, Dr. Martin Jaschke

Chefredakteur: Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur: Stefan Hans Kläser

Leitender Redakteur: Andreas Tyrock

Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Andreas Tyrock

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Wochenend: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Andreas Günther, Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

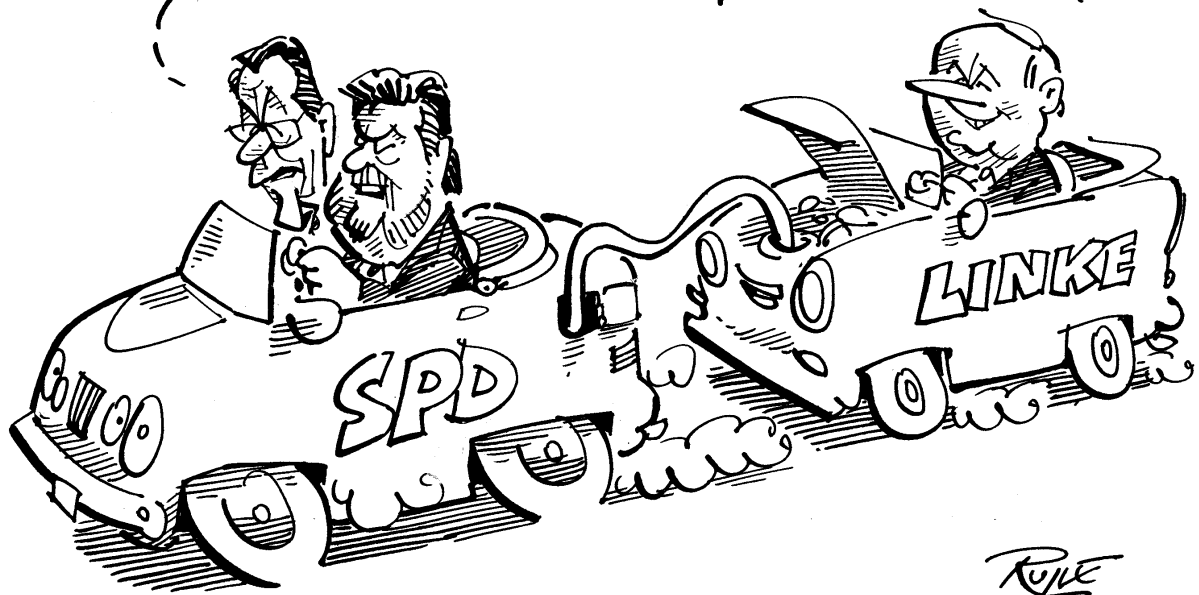
Verlag und Druck: Braunschweiger Zeitungsverlag – Druckhaus Albert Limbach GmbH & Co. KG

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 3900-0

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online: <http://www.newsclick.de>

WIR KÖNNEN NUR HOFFEN,  
DASS DIE TANKANZEIGE SPINNT!



Verlustangst

Karikatur: Rulle

## Gastkommentar Rechtsextremismus

Es gibt eine wachsende kriminelle Energie am rechtsextremen Rand der Gesellschaft. Viele schauen weg. Nötig ist der Schulterschluss aller Bürger gegen Rechtsextreme.

## Gemeinsam gegen Neonazis!

Am Tag der Arbeit, am 1. Mai, hat es neben den traditionellen Gewerkschaftsdemonstrationen auch einige zentrale Aufmärsche der NPD gegeben. In Dortmund und in Erfurt kam es zu Gegendemonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen auch mit der Polizei.

Wie es scheint, wollten sich die rechtsextremen Parteigänger der NPD ein wenig aufwärmen für den G-8-Gipfel. Im Internet lässt sich verfolgen, wie intensiv sich die rechtsextreme Szene auf diesen Termin vorbereitet: Die NPD orientiert ihren Anhang seit Wochen auf dieses Großereignis. Die linken Gipfelgegner werden mit diesen ungeliebten Bündnispartnern in Berührung kommen, und es wird nicht leicht werden, Abstand zu halten.

Jedenfalls müssen alle auf der Hut sein, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen und in der Gegend von „Heiligendamm“ ihre Zelte aufschlagen wollen. Sie müssen davon ausgehen, dass in ihre Reihen eine gewaltbereite rechte Szene einsickern will. Damit könnte jeder Versuch der Globalisierungsgegner, gewaltlos den eigenen politischen Standpunkt deutlich zu machen, zunichte gemacht werden.

Die Besorgnis ist groß, dass es so kommt. Das zeigt auch das zurückliegende Jahr 2006. Erst vor kurzem hat das Bundesinnenministerium Zahlen über die wachsende kriminelle Energie am rechtsextremen Rand der Gesellschaft veröffentlicht. Das Bundeskriminalamt zählte mehr als 18 000 Delikte, darunter 1000 Gewaltdelikte und 500 verletzte Opfer.

Das öffentliche Echo darauf war erstaunlich verhalten. Nur wenigen Tageszeitungen war dieser Rekord ein Kommentar wert. Dabei lässt sich doch gar nicht übersehen, dass wir es mit einer zunehmenden Brutalisierung in der Gesellschaft zu tun haben. In bestimmten Stadtteilen des ehemaligen Ost-Berlin, in denen die NPD Büros hat, registriert die Polizei immer wieder Übergriffe auf Jugendzentren, in denen offenbar die linke Szene ver-



Uwe-Karsten Heye

mutet wird. Das sind Versuche, die Straße zu beherrschen und keine andere Meinung zuzulassen.

Wir werden sehen, ob diese Entwicklung auch in anderen Städten – nicht nur im Osten – zu beobachten sein wird. Hier wird die Strategie der Rechtsextremen

deutlich, die entschlossen sind, aus den ländlichen Räumen, in denen sie sich festzusetzen versuchen, in die Städte zu wachsen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringender denn je, den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die neuen Nazis zu aktivieren. Es gibt leider nur wenige Länder, die sich dieser Situation stellen. Brandenburg gehört zu den Ausnahmen. Obwohl es zu den finanzschwachen neuen Bundesländern gehört, werden dort immer wieder Mittel aus dem Landeshaushalt für diese Auseinandersetzung zur Verfügung gestellt. Die Initiative „Tolerantes

Brandenburg“ arbeitet seit fast zehn Jahren gegen Fremdenhass und rechtsextreme Einstellungen. Es gehört ein langer Atem dazu, bis sich erste Erfolge einstellen. So wurde in Brandenburg 2006 gegen den Bundes-trend eine Abnahme rechtsextremer krimineller Delikte registriert. Ein kleiner Lichtblick, immerhin.

Dagegen wirkt das Programm der Bundesregierung, das im Bundesministerium für Familie, Jugend und Senioren aufgelegt und verwaltet wird, halbherzig und ungemein bürokratisch. Fast möchte man versucht sein, dahinter eine Strategie zu vermuten, die am Ende dazu führen kann, viele Projekte und Initiativen, die sich dem neuen Rechtsextremismus entgegenstellen, langfristig lahm zu legen und auszutrocknen.

Von den 19 Millionen Euro, die insgesamt für die politische Auseinandersetzung gegen Rechts zur Verfügung stehen, sind 6 Millionen Euro für Projektarbeit von Vereinen und Initiativen vorgesehen. Allerdings sollen die Initiativen 50 Prozent der Kosten selbst aufbringen.

Die Antragstellung erfolgt einmalig in 2007 für die nächsten drei Jahre. Wer rausfällt, der braucht sich bis zum Jahr 2010 gar nicht erst zu bemühen.

Den Zuschlag erhält ohnedies nur, wer bei Antragstellung eine verbindliche Ko-Finanzierung nachweist und dies ebenso verbindlich für die nächsten drei Jahre. Das ist für die meisten Initiativen eine

unüberwindliche Hürde. Gerade dort, wo es brennt, machen sich alle Konkurrenz. Das gilt auch bei den potenziellen Sponsoren. Und welcher Sponsor legt sich auch noch für die nächsten drei Jahre fest? Das ist lähmend und erstickt das so notwendige und von allen Seiten eingeforderte zivilgesellschaftliche Engagement gerade dort, wo es mit konkreten Projekten hilfreich sein könnte.

Es ist dringend, den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die neuen Nazis zu aktivieren

## PRESSESTIMMEN

## Debatte war nicht ehrlich

Die „Tageszeitung“ aus Berlin befasst sich mit dem Afghanistan-Einsatz: „Im März brachten viele Abgeordnete die Abstimmung über den Einsatz zähneknirschend hinter sich – in der Hoffnung, es werde schon gut gehen. Wenn die nächste Entschei-

dung ansteht, muss die Debatte ehrlicher verlaufen. Eine Behauptung lässt sich nicht mehr aufrechterhalten: Die Bundeswehr sei sicher.“

## Meisterliche Schwaben

Die „Eßlinger Zeitung“ meint zur Euphorie über den VfB Stuttgart:

„Fußball-Deutschland staunt über die Schwaben, die mit einer nie da gewesenen Jubelorgie feierten. 250 000 Menschen begleiteten den Triumphzug des neuen Meisters. Wer dachte, dass die Begeisterung bei der WM nicht zu toppen sei, sah sich belehrt: Die Schwaben sind auch im Feiern meisterlich.“